

Säumige werden hart angepackt

Wer seine Krankenkassenprämie nicht bezahlen kann, soll dazu motiviert werden. Der Kanton soll nicht mehr draufzahlen müssen.

Der Regierungsrat des Kantons Zürich soll sich mit säumigen Zahlern von Krankenkassenprämien auseinandersetzen. Das verlangt der Bülacher SVP-Kantonsrat Claudio Schmid in einer dringlichen Anfrage. Er bezieht sich auf eine Vereinbarung der Genfer Kantonsregierung mit Krankenversicherern. Mit einer staatlichen Garantie gegenüber den Kassen sollen dort Leistungssperren gegenüber säumigen Prämienzahlern vermieden werden. Schmid bezeichnet diesen Lösungsversuch als «auf falsche Art wegweisende Stossrichtung». Mitunterschieden wurde die Anfrage von Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) und 81 weiteren Kantonsräten.

Provozierte Betreibungen

Die Drohung mit einer Leistungssperre hat bisher keine Verbesserung der Zahlungsmoral gebracht. Rund 17 000 Menschen im Kanton Zürich können keine Prämien zahlen und sind nicht mehr versichert. Immer mehr Personen lassen sich betreiben, argumentiert Schmid, um mit einem Verlustschein den Kanton oder die Wohngemeinde für die Bezahlung haftbar zu machen.

Das Problem sei die Bemessung des Anspruches auf Unterstützung. Die meisten Nutzniesser seien keine Kleinverdiener. Diese würden schon durch andere Gesetze zur Genüge unterstützt, so Schmid. Deshalb fragt er den Regierungsrat, wie dieser «Personen, die offensichtlich grundlos Verlustscheine produzieren», härter anpacken will. Die Regierung müsse andere Wege suchen, um die Prämien einzuziehen. (ZU/NBT)